

Das Ricardianische Äquivalenztheorem

Vorgestellt von Tim Gemkow

Erklärung

Das ricardianische Äquivalenztheorem beschäftigt sich mit der Reaktion des Sparverhaltens privater Haushalte auf staatliche Steuersenkungen oder schuldenfinanzierte Staatsausgabenerhöhungen. In der keynesianischen Theorie wird häufig davon ausgegangen, dass eine Steuersenkung zu erhöhtem Konsum (mit Multiplikator- und evtl. Akzeleratoreffekten) führt und damit die Wirtschaftstätigkeit anregt. Demgegenüber geht das ricardianische Äquivalenztheorem davon aus, dass die Haushalte bei gleich bleibenden Staatsausgaben davon ausgehen, die Steuerausfälle von heute in Zukunft durch höhere Steuern zurückzahlen zu müssen und daher die gesparten Steuern in Erwartung zukünftiger Belastungen sparen (bzw. bei schuldenfinanzierten Erhöhungen der Staatsausgaben von zukünftig steigenden Steuerlasten ausgehen und daher ihren privaten Konsum reduzieren, um Ersparnisse zu bilden). Dadurch kommt es gerade nicht zu einem Konsumanstieg und damit auch nicht zu einer Anregung der Wirtschaftstätigkeit.

Voraussetzungen

Das ricardianische Äquivalenztheorem wird aus einer Reihe von Annahmen hergeleitet. Die wichtigsten sind dabei:

- Ein perfekter Kapitalmarkt, auf dem jeder Haushalt zu einem einheitlichen Zinssatz und ohne Liquiditätsbeschränkungen Geld leihen oder verleihen kann,
- Ein allen Haushalten bekannter, festgelegter Pfad der Staatsausgaben in der Zukunft und
- Ein unbegrenzter Zeithorizont der Haushalte, d.h. unbegrenzte Lebenserwartung oder bei begrenzter Lebenserwartung die Einbeziehung des Wohls der Nachkommen in das Kalkül der Haushalte.

Die Aufgabe einer dieser Annahmen kann dazu führen, dass Steuersenkungen oder schuldenfinanzierte Staatsausgabenerhöhungen innerhalb des Modells doch wieder zu Steigerungen des gesamtwirtschaftlichen Konsums führen.

Geschichte

Das Theorem lässt sich zuerst in David Ricardos Werk *Funding Systems* nachweisen. Dort wird es erörtert, dann aber von Ricardo als empirisch ungültig verworfen, da dieser von einer Art fiskalischer Illusion der Bürger ausgeht, bei der diese die zukünftigen Steuerbelastungen systematisch unterschätzen. Der Mechanismus des Theorems wurde in den 1940er Jahren erneut von Domar diskutiert, fand aber keine bedeutende Rezeption.

1974 belebte Robert J. Barro das Argument mit seinem Aufsatz „Are Government Bonds Net Wealth?“ neu und nutzte es zugleich zu einem Generalangriff auf den vorherrschenden Optimismus der keynesianischen Konjunktursteuerung. Auch in der Folge wurde das Theorem vor allem von Barro popularisiert, weshalb auch von der Barro-Ricardo-Proposition gesprochen wird.

Anwendung und neuere Forschungen

Das ricardianische Äquivalenztheorem wurde von Barro mit dem Anspruch wieder belebt, um die *tatsächliche Reaktion von Haushalten auf Steuersenkungen bzw. schuldenfinanzierte Staatsausgabenerhöhungen vorherzusagen*, also die Basis für eine empirisch gültige Theorie zu liefern. Die Ergebnisse von Untersuchungen zur empirischen Gültigkeit des Theorems sind – auch aufgrund von Messproblemen – uneinheitlich, finden jedoch überwiegend entgegen dem Theorem sehr wohl nachfragesteigernde Wirkungen von Steuersenkungen oder Staatsausgabenerhöhungen, die allerdings meist schwächer ausfallen als von klassischen keynesianischen Theorien vorhergesagt. Neuere Forschungen konzentrieren sich daher auf modifizierte Varianten des Theorems, deren Vorhersagen besser mit den empirischen Daten übereinstimmen. Ein solcher Forschungszweig ist z.B. die Annahme einer nichtlinearen Reaktion der Haushalte, die erst ab einem bestimmten, als unhaltbar wahrgenommenen Schwellenwert Steuersenkungen bzw. zusätzliche Staatsausgaben nur noch als Gegenwert zukünftiger Belastungen interpretieren und sich daher ricardianisch verhalten.

Unabhängig von seiner empirischen Geltung stellte das Theorem auch einen wichtigen Schritt bei der Entwicklung von Modellen im Rahmen der New Classical Macroeconomics und der Theorie der rationalen Erwartungen dar, da es schlüssig zeigen konnte, dass die dezentrale Reaktion privater Haushalte unter bestimmten Annahmen staatliche Maßnahmen der Konjunktursteuerung vollständig aufheben kann, was in der Folge ein wiederkehrendes Thema dieser Theorieströmung wurde.

Literatur

Die beiden zentralen Aufsätze von Barro sind:

Barro, Robert J. (1974): Are Government Bonds Net Wealth? *Journal of Political Economy* Jg. 82 Nr. 6 S. 1095-1117.

Barro, Robert J. (1979): On the Determination of the Public Debt. *Journal of Political Economy* Jg. 87 Nr. 5 S. 940-971.

Neuere Forschungsergebnisse zum Thema werden zusammengefasst in:

Briotti, Gabriella (2005): Economic Reactions to Public Finance Consolidation: a Survey of the Literature, European Central Bank Occasional Paper No. 38.